



PRESSEMITTEILUNG

Donnerstag, 19. November 2015

**Abgeordneter
Johann Häusler**
Donnerstag, 19. November
2015

**Ausschuss für Wirtschaft und
Medien, Infrastruktur, Bau und
Verkehr, Energie und
Technologie**

**Ausschuss für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

**Handwerkspolitischer
Sprecher**

**Mittelstandspolitischer
Sprecher**

Bürgerbüro
Laugnastraße 17
86637 Wertingen
Tel.: 08272/60 94 244
Fax: 08272/60 94 246
Johann.haeusler@
fw-landtag.de

Freie Wähler: Seite an Seite mit Handwerk und Landwirtschaft

Abgeordneter Häusler organisiert parlamentarischen Abend mit nordschwäbischen Gästen

Egal ob Mindestlohn, Brandschutz oder Hygienebestimmungen: Bayerns Mittelstand ächzt unter immer stärkeren Auflagen und Dokumentationspflichten. Johann Häusler, mittelstandspolitischer Sprecher der FW Landtagsfraktion, gefällt das gar nicht. Bereits im Frühjahr kam Häusler mit Mitgliedern der Fleischer-Innung Nordschwaben unter der Ägide von Obermeister Harald Münzinger zusammen, um Lösungswege für die ausufernden und existentiell bedrohlichen Mindestlohnvorgaben zu suchen. Auch von den Mitgliedern der landwirtschaftlichen Maschinenringe in den Landkreisen Dillingen und Donau Ries, allen voran Walter Stegmiller und Josef Fries, wurde der Biberbacher Heimatabgeordnete eingeladen, um deren existentiellen Sorgen an die bayerische Staatsregierungen zu übermitteln. Auf Grund der im Mindestlohnengesetz verankerten Arbeitszeitbedingungen war die Organisation der landwirtschaftlichen Saisonarbeitseinsätze ad absurdum geführt worden. Häusler nahm diese Anliegen sehr ernst und stellte zahlreiche Anträge und Anfragen an den bayerischen Landtag: Die Auswirkungen des Mindestlohngesetzes auf die landwirtschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen und auf das mittelständische Metzgerhandwerk, die Gebührenfestsetzung im Rahmen der Schlachtvieh- und Fleischuntersuchung, die Bedeutung der kleineren Wasserkraftwerke für die Landwirtschaft im Freistaat und Anträge zur Förderung des dualen Ausbildungssystems – um nur einige zu nennen. Insgesamt stellten die Freien Wähler acht parlamentarische Anträge zum Thema Mindestlohn, drei davon wurden von der CSU unterstützt.

Arg viel sei seitdem aber nicht passiert, so Häusler: „Mir ist es wichtig, dass unseren regionalen Mittelständlern und deren Sorgen im bayerischen Landtag ein Gehör geschenkt wird“, weswegen er letzte Woche einen parlamentarischen Abend zum Motto ‚Mittelstand stärken – Bürokratie abbauen‘ veranstaltet hat. Seiner Einladung nach München sind gut 200 Gäste gefolgt, darunter viele Metzgermeister, Landwirte, Gastronomen und Bauunternehmer mit ihren Mitarbeitern und Familienangehörigen. Die meisten kamen dabei aus Dillingen und dem Donau-Ries.

Auf dem Podium saßen neben den beiden nordschwäbischen Vertretern Werner Luther (Kreishandwerksmeister) und Harald Münzinger (Obermeister Fleischer-

Innung) auch der Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbandes, Hans Müller, der Präsident des Bayerischen Müllerbundes, Ludwig Kraus und die niederbayerische DEHOGA Vorsitzende, Rose Marie Wenzel. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, was genau Landwirte und mittelständische Unternehmen fordern, um wieder produktiver arbeiten zu können.

Die fehlende Wettbewerbsfähigkeit seiner Branche beklagte Obermeister Münzinger: Während das Fleischerhandwerk erfolglos um ausreichende EU-Mittel für das Direktmarketing werbe, würden entsprechende Fördergelder aus der Landwirtschaft regelmäßig in Millionenhöhe zurückgegeben – weil sie nicht abgerufen worden seien. Auch amtlicherseits überzogene Gebühren und Benachteiligungen – etwa für die Fleischbeschau – führten zum Verlust jeglicher Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Wettbewerb. Dies gelte auch für die EEG-Umlagen, von denen die mittelständischen Metzgereihandwerksbetriebe im Gegensatz zu den großen Wurstfabriken nicht befreit werden. „Das ist schlichtweg unfair uns Mittelständlern gegenüber“, so der Fleischermeister.

Neben Münzinger kritisierte auch Wenzel (DEHOGA) und besonders Kraus (Müllerbund) die andauernden Verschärfungen der Hygienevorschriften: „Wir werden eines Tages nicht einmal mehr Schulklassen durch eine Mühle führen können. So verliert die Bevölkerung vollends den Bezug zur Nahrungsmittelproduktion.“ Dabei sollten alte heimische Energiequellen ohne bürokratische Hürden genutzt werden können, so der Präsident des Müllerbunds, da wegen zu vieler Auflagen gerade an Gewässerrandbereichen es immer schwieriger werde, die Wasserkraft mit Hilfe von Mühlen zu nutzen. Heimische Mühlen und Metzgereien waren bis vor gar nicht langer Zeit das Rückgrat und der natürliche Partner der bäuerlichen Landwirtschaft. Mittlerweile aber werden sie durch die nachgelagerte Industrialisierung deutlich geschwächt.

Das System der Überzertifizierung in Deutschland prangerte Müller vom BBV energisch an. Parallelzertifizierungen, teilweise vier oder fünf unterschiedliche Ebenen, durch die die Produkte mittlerweile laufen, seien kontraproduktiv, kostenintensiv und allein deshalb schon nicht erforderlich, da mittelständische Unternehmer im Gegensatz zu Großunternehmen oft mit ihrem gesamten Vermögen hafteten: „Das ist doch die beste Versicherung dafür, dass der Unternehmer verantwortungsvoll mit seinem Business umgeht.“ Untragbar sei es, dass auf Grund der Arbeitszeitbeschränkungen im Mindestlohngesetz Saison- und Erntearbeiten streng organisiert seien: „Der Weizen muss doch dann geerntet werden, wenn er reif ist, und nicht wenn es das Gesetz vorsieht“, beschreibt Müller den unhaltbaren Zustand.

Zum Thema Subunternehmerhaftung, Verbürokratisierung der Arbeitswelt und Fachkräftemangel im Handwerk meldete sich Nordschwabens Kreishandwerksmeister Werner Luther energisch zu Wort: „Auftragnehmer am Bau müssen dafür haften, dass ihre Subunternehmer den Mindestlohn zahlen – und dafür monatlich die Lohnzahlungen dieser Unternehmen kontrollieren. Das führt in der Praxis zu großen Problemen, denn für Abrechnungsfehler haftet stets der Auftragnehmer. Bei kleinen und mittleren Handwerksbetrieben kann das zur existentiellen Notlage führen.“ Ein weiteres krasses Beispiel der

überbordenden Bürokratie sei seiner Meinung nach die Tachographenpflicht, die auf die Lieferfahrzeuge von Bauunternehmen ausgeweitet wurde. „Das Auslesen einer solchen Karte dauert jeweils rund 15 bis 20 Minuten. Bei 40 Betriebsfahrzeugen benötigten unsere Mitarbeiter pro Jahr rund 53 Stunden allein für solche Kontrollaufgaben. Das ist unproduktive und somit für das Unternehmen verlorene Zeit und volkswirtschaftlicher Unsinn“, so der Kreishandwerksmeister. Das zentrale Thema für Luther aber ist der zunehmende Fachkräftemangel im Handwerk. Ein verpflichtendes und schulersetzendes Praktikum an weiterführenden Schulen sei seiner Meinung nach ein erster Schritt, um rechtzeitig die Attraktivität von Handwerk und Mittelstand zu vermitteln und Schülern Einblicke in die reale Arbeitswelt und zu ermöglichen. Das Handwerk biete seinen qualifizierten Mitarbeitern vielseitige Berufsperspektiven. Das würde einigen jungen Menschen den Studienabbruch ersparen und teilweise auch die Landflucht junger Menschen ein Stück weit reduzieren. Er forderte die Politik auf, diesbezüglich endlich Entscheidungen herbeizuführen.

In seinem abschließenden Statement ging MdL Häusler auf die Anregungen des Kreishandwerksmeisters ein und berichtete, dass er unlängst am 12. November in seiner Plenarrede sowohl das angesprochene schulersetzende Praktikum und die Stärkung des dualen Ausbildungsweges als auch die Gleichstellung von Meistern und Bachelorabsolventen gefordert hat. Die Freien Wähler hätten daher auch Bildungsgutscheine zur Meisterausbildung in Höhe von 2.000 € beantragt. Zum Mindestlohn erklärte Häusler, dass für gute Arbeit auch guter Lohn bezahlt werden müsse: „Dahinter stehe ich voll und ganz. Nicht aber hinter dessen grotteschlechter Umsetzung – mit dem Ergebnis, dass Inhaber kleiner und mittelgroßer Unternehmen inzwischen mehr Zeit im Büro als auf dem Feld, der Werkstatt oder im Gastraum verbringen. Das Mindestlohngesetz diskriminiert den Mittelstand auf geradezu absurde Art und Weise und hat bereits 190.000 Teilzeitjobs vernichtet“, übte der Biberbacher Abgeordnete heftige Kritik an Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD). Die Union habe sich mit der SPD auf einen Kuhhandel zwischen Mindestlohn und „Ausländermaut“ eingelassen, ohne Kenntnisse der Details oder Abwägung möglicher Folgewirkungen. Sämtliche Abgeordnete der FW Fraktion sprechen sich daher für eine rasche und vor allem praktikable Nachsteuerung des Mindestlohngesetzes aus.

Um Handwerk und Landwirtschaft wieder konkurrenzfähig zu machen, fordert Häusler die Aussetzung der immer weiter verschärften Brandschutzauflagen, eine vereinfachte Dauererlaubnis für Festbetriebe und einen einheitliche Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent für die Gastronomie. In der Landwirtschaft wollen die Freien Wähler der Düngemittelverordnung zu Leibe rücken – sie dürfe nicht zu einem beschleunigten Strukturwandel in der bayerischen Landwirtschaft führen. „In unserer heutigen Dienstleistungsgesellschaft brauchen wir vor allem eines: Pragmatismus! Er muss den deutschen Sicherheitsfanatismus ablösen, wenn wir die goldenen Regeln des Mittelstandes ‚Entscheidungen fällen, Verantwortung tragen und persönliche Haftung übernehmen‘ nicht vernachlässigen wollen und den kleinen und mittleren Betrieben wieder bessere Perspektiven eröffnen wollen“, beschloss Häusler den Abend.